

Höflichkeitsübersetzung

An:


**BUNDESNETZAGENTUR FÜR
ELEKTRIZITÄT, GAS,
TELEKOMMUNIKATION, POST
UND EISENBAHNEN**

Beschlusskammer 7

Tulpenfeld 4

President Mr. Jochen Homann

53113 Bonn - Deutschland



Cc:

**RAPPRESENTANZA
PERMANENTE D'ITALIA
PRESSO L'UNIONE
EUROPEA**

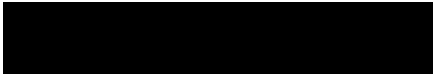
Rue de Marteau, 7-15

1000 Bruxelles - Belgio



**AUTORITÀ PER LA
REGOLAZIONE RETI
ENERGIA E AMBIENTE**

Direzione legale e atti del collegio



Betrifft: Stellungnahme des italienischen Wirtschaftsministeriums zur Gewährung der Abweichung von der Anwendung der EU-Richtlinie 2019/692 gemäß Artikel 1 Absatz 9.

Am 10. Januar 2020 reichte das Unternehmen Nord Stream 2 (im Folgenden "das Unternehmen") einen Antrag ein bei der deutschen Regulierungsbehörde BNetzA als zuständige Behörde des Mitgliedstaats, an dem sich der erste Verbindungspunkt der Gasleitung Nord Stream 2 (im Folgenden "NS2") mit Europa befindet, für eine zwanzigjährige Abweichung von der Anwendung der EU-Richtlinie 693/2019, wie sie vom deutschen Staat mit dem deutschen Energiewirtschaftsgesetz vom 5. Dezember 2019 (im Folgenden "EnWG 2019") umgesetzt wurde, und insbesondere von den Abschnitten 8 bis 10e und von 20 bis 28 ab dem Tag der Aufnahme des kommerziellen Betriebs der Gasleitung (kommerzielle Inbetriebnahme) oder alternativ, ab dem Datum der Entscheidung über die Abweichungsregelung der deutschen Regulierungsbehörde.

Das italienische Wirtschaftsministerium, in Anbetracht der relevanten Bedeutung dieses Themas aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Auswirkungen auf den Wettbewerb im Gasmarkt in Italien sowie auf die Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes, äußert sich wie folgt zum Dokument, das in Konsultation gestellt wurde.

In Anbetracht der Tatsache, dass in der Konsultation keine Entscheidung der zuständigen deutschen Behörde vorliegt, sondern nur ein Antrag des betreffenden Unternehmens gemäß den deutschen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie, ist zu beachten, dass das Unternehmen in dem Dokument angibt, dass NS2 die festgelegten Kriterien der Richtlinie für die Gewährung der Abweichungsregelung erfüllt, gemäß Artikel 1, Absatz 9, des Artikel 49a¹ in der Richtlinie 2009/73/EG aufgenommen wurde.

Insbesondere in Bezug auf Artikel 49a, wonach die Abweichungsregelung für eine Erdgaspipeline aus einem Drittland von dem Mitgliedstaat, in dem die erste Verbindung zum europäischen Netz hergestellt wird, gewährt werden kann, gibt die Gesellschaft an, dass die Erdgaspipeline am 23. Mai 2019 als "fertiggestellt" betrachtet werden kann, da sie "aus Sicht der wirtschaftlichen Funktionalität fertiggestellt" wurde. Insbesondere (auf Seite 36, Punkt 135) wird festgelegt, dass sich der Begriff "fertiggestellt" auf der Grundlage der Interpretation von Rechtsexperten der Universität Tübingen in Bezug auf Abschnitt 28b des EnWG 2019 nicht nur auf die bauliche Fertigstellung beziehen kann sondern auch auf die wirtschaftliche Funktionalität des Werkes, und dass daher die "Fertigstellung" eines Interkonnektors nicht nur von der baulichen Fertigstellung oder seines Betriebs abhängt, sondern auch von der Tatsache, dass die Investitionsentscheidung unwiderruflich getroffen wurde. Das Unternehmen erklärt daher, dass die endgültige Investitionsentscheidung im Jahr 2016 getroffen wurde und viele der damit verbundenen Bauaufträge im Jahr 2017 unterzeichnet wurden. Die Interpretation der Experten basiert auf den deutschen und europäischen Normen, die Rückwirkungsverbot, berechnete Erwartung, unternehmerische Freiheit und Schutz von Eigentumsrecht regeln.

Das Unternehmen stellt auch in Punkt 136 des Antrags fest, dass dieses Kriterium auch bei einer strengen physikalischen Auslegung des Begriffs "fertiggestellt" für den deutschen Abschnitt von NS2 erfüllt wäre, dessen Bau, wie vom Unternehmen angegeben, abgeschlossen worden ist, obwohl dieses Teilstück, da der verbleibende Teil nicht fertiggestellt wurde, für den Import von Erdgas unbrauchbar ist.

Das Unternehmen begründet die Notwendigkeit einer Auslegung der Norm damit, dass im EnWG2019 sowie in der Richtlinie der Begriff "Vervollständigung" nicht definiert ist und dass das Wort selbst aus "grammatikalischer" Sicht nicht nur die Vervollständigung von einem Projekt bezeichnet, sondern auch das Konzept, dass alle für seine Fertigstellung notwendigen Elemente realisiert wurden.

Nach Ansicht dieses Ministeriums sollte auf der Ebene der Europäischen Kommission eine Überprüfung durchgeführt werden, ob eine solche Auslegung auf der Grundlage des

¹ „Artikel 49a | Abweichungen in Bezug auf Fernleitungen aus Drittländern und in Drittländer | (1) Für Gasfernleitungen zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittland, die vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt wurden, kann der Mitgliedstaat, in dem der erste Kopplungspunkt einer solchen Fernleitung mit dem Netz eines Mitgliedstaats gelegen ist, beschließen, in Bezug auf die Abschnitte einer solchen in seinem Hoheitsgebiet und Küstenmeer befindlichen Gasfernleitung aus objektiven Gründen, wie etwa, um eine Amortisierung der getätigten Investitionen zu ermöglichen oder aus Gründen der Versorgungssicherheit, von den Artikeln 9, 10, 11 und 32 und von Artikel 41 Absätze 6, 8 und 10 abzuweichen, sofern die Abweichung den Wettbewerb auf dem Erdgasbinnenmarkt in der Union, dessen effektives Funktionieren oder die Versorgungssicherheit in der Union nicht beeinträchtigen würde.

Gemeinschaftsrechts und der Zwecke der Richtlinie gegenüber dem europäischen Markt zu teilen oder nicht.

Es ist auf jeden Fall zu beachten, dass die zuständigen italienischen Behörden beabsichtigen, eine Abweichungsregelung gemäß der Richtlinie nur für Gaspipelines von Drittländern zu erlassen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie tatsächlich fertiggestellt wurden und in Betrieb genommen wurden, und daher auf die Transmed-Gaspipeline aus Tunesien und Greenstream-Gaspipeline aus Libyen beschränkt sind.

In Bezug auf die Gründe, die dem in der Richtlinie vorgesehenen Antrag auf Abweichungsregelung zugrunde liegen, wird Folgendes festgestellt:

“to enable the recovery of the investment made”

Die Gesellschaft berichtet (Seite 70, Punkt 262), dass ohne eine Ausnahmeregelung die von der Regulierungsbehörde festgelegten Tarife angewendet würden, die niedriger wären als diejenigen, die zwischen den Parteien in Bezug auf das spezifische Risiko der Investition vereinbart wurden und dass dies das Unternehmen daran hindern könnte, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen und einem daraus resultierenden Insolvenzrisiko ausgesetzt wäre.

In diesem Zusammenhang wird unter Berücksichtigung der von der Universität Köln für das Unternehmen entwickelten Szenarien hinsichtlich der möglichen Auswirkungen von Preissenkungen in Europa aufgrund der Verfügbarkeit von NS2 (Seite 101, Punkt 346) die italienische Besorgnis signalisiert, dass die Höhere Transportgebühren, die zwischen den Herstellern der NS2-Pipeline und ihren potenziellen Nutzern im Vergleich zu den regulierten Tarifen bereits vereinbart wurden, kaskadierend zu einem unkontrollierten Anstieg der Gaskosten für italienische Kunden führen könnten. Die Annahme des Unternehmens, dass bei Auferlegung regulierter Tarife auf die Nutzung der NS2-Pipeline die Rückgewinnung der Investition nicht gewährleistet würde, schließt nicht aus, dass die bereits zwischen dem Unternehmen und den Nutzern der Transportkapazität vereinbarten Gebühren eine Übervergütung des Investitionsrisikos beinhalten können. Erstens steht es im Gegensatz zu der Tatsache, dass sich am anderen Ende der Pipeline ein einziges Unternehmen befindet, das Gas einspeisen kann, und dass daher möglicherweise keine anderen Unternehmen wettbewerblichen Zugang zum russischen Einspeisepunkt haben; andererseits scheint die anschließende Argumentierung desselben Unternehmens, dass über diese Pipeline Gas zu wettbewerbsfähigeren Preisen auf dem europäischen Markt gelangen würde, ist nicht sehr zuverlässig. In jedem Fall würde das Fehlen einer drittparteilichen Regulierung die Klarheit in diesem Punkt beeinträchtigen.

Mit der Verwirklichung von NS2 ist es wahrscheinlich, dass die russischen Gasströme, die über das ukrainische, slowakische und österreichische Netz nach Italien gelangen, in diese neue Route umgeleitet werden, was zu einer Änderung der Ströme durch das deutsche Netz in die Slowakei und nach Österreich führen wird. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der derzeitige deutsche Tarifmechanismus, wie bereits den europäischen Behörden mitgeteilt, bereits heute ungünstige und bestrafende Auswirkungen auf die Ausspeisepunkte in Richtung Schweiz und damit kaskadierend in Richtung des italienischen Netzes hat und damit die Kosten des Gastransports stark beeinflusst, mit direkten Auswirkungen auf die Großhandelspreise der Märkte, die sich stromabwärts der nordeuropäischen Gasversorgungskette befinden, wie beispielsweise der

italienische Markt. Die Auswirkungen dieser Gebührenpolitik wird immer deutlicher auf den Großhandelspreis für Gas in Italien und könnten sich mit der Einführung der Abweichungsregelung verschlechtern, da weitere Gasströme nach Italien über eine Gaspipeline - für die die europäischen Transportgebühren nicht gelten - in das deutsche Netz geleitet würden, mit negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb im Binnenmarkt.

In Bezug auf die **Bedingungen**, die für die Gewährung der Ausnahmeregelung erfüllt sein müssen, wird Folgendes angemerkt:

in Bezug auf *"die Ausnahme darf die [...] Sicherheit der Erdgasversorgung in der Union nicht beeinträchtigen [...]"* und *"die Ausnahme darf sich nicht nachteilig auf den Wettbewerb auf den jeweiligen Märkten, die wahrscheinlich von der Investition betroffen sein werden [...]"* ist Folgendes zu beachten.

In Bezug auf die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit wird angemerkt, dass auch unter Bezugnahme auf die verschiedenen von den Beratern des Unternehmens durchgespielten Szenarien für Gasströme mit oder ohne NS2-Implementierung die Gewährung einer Befreiung für einen Zeitraum von zwanzig Jahren eine Kristallisierung von Lieferverträgen bewirken würde, bei denen es in der Entscheidungshoheit des russischen Exporteurs liegen würde, sowohl die für den europäischen Markt bestimmten Gasmengen, auch im Wettbewerb mit anderen russischen Gasrouten, als auch die Nutzer der Transportkapazität und die damit verbundenen Bedingungen zu bestimmen, zum Beispiel im Hinblick auf die tägliche Flexibilität, oder Versorgung im Falle von Spitzenverbrauchsanforderungen im Notfall, wodurch der Anreiz für diskriminierendes oder opportunistisches Verhalten in verschiedenen Gebieten des europäischen Hoheitsgebiets, auch bei kritischer Versorgungslage, viel größer wäre, als bei einer Aufteilung der Transportkapazität auf mehrere Unternehmen gemäß den europäischen Zuteilungsregeln. Diese möglichen Auswirkungen sollten daher im Rahmen eines Ausnahmeverfahrens angemessener bewertet werden, das vom Unternehmen vorangetrieben werden könnte, wenn die Abweichungsregelung nicht gewährt würde.

Unter anderem ermöglicht die Realisierung von NS2 die Umleitung russischer Gasströme, die derzeit über das ukrainische, slowakische und österreichische Netz nach Italien gelangen, mit Potenzial für eine weitere Reduzierung der Transite oder Schließung der ukrainischen Route. Insbesondere dieses letztere Ereignis würde die derzeitige Situation in Italien verschärfen, da es keine Sicherheit gibt, insbesondere wenn keine angemessene Stärkung des internen europäischen Netzes vorgesehen ist, das Italien von der neuen Route durch Deutschland die gleichen täglichen Mengen im Falle einer Spitzennachfrage an russischem Gas erhalten kann. Hinzu kommt die Notwendigkeit, in Deutschland auf eine Modulation durch Speicherung zurückzugreifen, was zu einem potenziellen Kostenanstieg und möglichen Problemen bei der Spitzenversorgung in Notfällen führen kann. Diese Aspekte können auf europäischer und Mitgliedstaatenbene im Laufe eines Ausnahmeverfahrens angemessener bewertet werden als in einer Abweichungsregelung, die einseitig vom Staat gewährt wird, in dem das NS2-Projekt als erstes landet.

In Bezug auf die Auswirkungen auf den Wettbewerb auf den Referenzmärkten werden die oben genannten Bedenken bekräftigt hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf das Niveau, das der Gaspreis in Italien erreichen kann, und der Möglichkeit zusätzlicher Kosten aufgrund von "Cross

Border Cost Allocation "–Prozessen zur Normalisierung der Importströme aus Deutschland nach Italien entlang der Schweizer Route (TENP und Transitgas) oder derjenigen Route, die die Tschechische Republik, die Slowakei und Österreich durchquert.

Darüber hinaus würde die Gewährung einer Ausnahmeregelung zu einer Marktbeschränkung zugunsten von Unternehmen führen, die Lieferverträge unterzeichnen könnten, die vom Infrastrukturbauer ausgewählt würden, ohne auf offene und wettbewerbliche Verfahren zurückzugreifen. Dies lässt als Grenzfall die Möglichkeit offen, dass im Fall der Nichtanwendung der europäischen Entflechtungsvorschriften („*unbundling*“), dass dasselbe Gas exportierende Unternehmen die neue Transportkapazität vollständig nutzt und auch als direkter Großhandelsverkäufer auf dem Endmarkt auftritt, mit negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb.

Darüber hinaus erscheint die vorgelegte Studie zur angeblichen Senkung des Gaspreises bei Vorliegen einer Abweichungsregelung nicht überzeugend, da sie hauptsächlich auf der Tatsache beruht, dass diese zusätzliche Liquidität schaffen würden, die die Preise senken würde; dieses Thema ist jedoch sowohl bei der Gewährung einer Abweichungsregelung als auch bei der einer Ausnahmeregelung von europäischen Normen und schließlich bei einer vollständig regulierten Gasleitung identisch. Diese Annahme steht im Widerspruch zu den zuvor genannten Annahmen hinsichtlich der Notwendigkeit, die Abweichung zu erhalten, um die Investition angemessen zu vergüten. Es ist auch unklar, da die Verkaufspreise des Gases durch den Exporteur an die Importeure, die es auf dem europäischen Markt weiterverkaufen würden, nach dem Bestimmungsmarkt festgelegt werden, warum in Abwesenheit jeglicher Regulierung dasselbe Unternehmen mit sich selbst in Wettbewerb treten müsste in Bezug auf das Gas, das auf unterschiedlichen Routen transportiert wird. Ferner ist, unter Bezugnahme auf die verschiedenen vom Berater formulierten Szenarien, offensichtlich zu berücksichtigen, in welchen Fällen die Gasmengen von NS2 die derzeit auf der ukrainischen Route transportierbaren Mengen ersetzen werden, die gemäß den jüngsten Vereinbarungen im Dezember teilweise und für einen begrenzten Zeitraum von Jahren definiert sind. In Wirklichkeit würde der Preis offensichtlich mit dem Ziel festgelegt werden, die Erlöse des Exporteurs zu maximieren und sich daher möglicherweise knapp unter den LNG-Preisen auf dem europäischen Markt positionieren - die in der gegenwärtigen Zeit durchaus erschwinglich sind - und daher würde die Gewährung einer Abweichung eine solche globale Preispolitik durch einen einzelnen Lieferanten auf dem europäischen Markt mit potenziellen Wettbewerbsbeschränkungen erleichtern.